Die Zukunft der Qualitätsmedien

Überlegungen zur medialen Geltung von Greshams Gesetz

Jochen Hörisch

KLAGEN ÜBER SINNVORLUSTE und Sinndefizite zählen zum Standardreperioire der Kulturkritik. Je moderner, je postmoderner Gesellschaften, Mediensysteme und Kulturen werden, desto heftiger mache sich der Mangel an Sinn bemerkbar. Das ist nun eine seltsame Klage. Denn das Angebot an Sinnoptionen dürfte nie so groß gewesen sein wie in der gegenwärtigen Welt-, Medien- und Informationsgesellschaft. Von Analytischer Philosophie und Ayurveda bis zu Zen-Buddhismus und Zufallstheorien haben wir unübersehbar viele Möglichkeiten, Sinn zu suchen und zu finden. So viel Sinn war nie. Und eben deshalb droht die Ressource Sinn zu inflationieren. Nicht ohne Grund ist Sinn ein Wort, das seinen Sinn elementar ändert, wenn man seinen Plural bildet – Sinne. Soviel Unsinn war nie, soviel Rauschen war nie.

Es sei doch erstaunlich, hörte ich als Kind meinen Onkel sagen, dass weltweit tagtäglich gerade genau so viel passiere, wie in die Zeitung passe. Der Satz hat mich in tiefes Nachdenken und Grübeln gestürzt, aus dem ich heute noch nicht recht erwacht bin. Das Verhältnis von Medien und Welt, soviel ist mir mittlerweile aufgegangen, ist kein verlässliches 1 : 1-Verhältnis, eigentümlich symbiotisch ist es aber immerhin. »Was wir [...] über die Welt, in der wir leben, wissen, wissen wir durch die Massenmedien«, lautet lapidar der erste Satz von Niklas Luhmanns Studie mit dem doppeldeutigen Titel *Die Realität der Massenmedien*.¹ Um nur zwei Beispiele ins notorisch auf geringe bis mittlere Reichweite gepolte Mediengedächtnis (für alles darüber zurückgehende ist die Geschichtsschreibung zuständig) zurückzubringen: Wir waren nicht dabei und schon gar nicht mit dem dortigen Meeresboden vertraut, als 1995 nördlich der Shetland-Insel die Brent Spar-Ölplattform versenkt werden sollte und aufgrund einer erfolgreichen, wenn auch sachlich fehlerhaften, Medienkampagne von Greenpeace an Land geschleppt wurde. Und wir, die wir dennoch im Bilde zu sein glauben, sind nicht am Golf von Mexiko gewesen, um uns selbst ein Bild von den Auswirkungen der Explosion von Deepwater Horizon machen zu können. Wie wichtig unter solch dauer-dramatischen Standard-Umständen verlässliche Qualitätsmedien sind, liegt auf der

¹ Niklas Luhmann: *Die Realität der Massenmedien*, Opladen 1996, S. 9.

Hand bzw. vor Augen – gerade weil wir zumeist nur eine Zeitung, ein Fernsehgerät, einen PC-Monitor oder ein Smartphone zur Hand und vor Augen haben, wenn wir uns ein Bild der Welt bzw. ein Bild von einem Weltausschnitt machen (um vom Weltbild zu schweigen).

Quantität ist in knapp bemessenen Medienkontexten ein ebenso einfaches wie verlässliches Anzeichen dafür, dass sich Wichtiges, Grundstürzendes ereignet hat. Die Tagesschau dauert 15 Minuten – und auch in diesem AV-Medium gilt, dass stets weltweit gerade soviel geschieht, wie sich in dieser Zeit darstellen lässt. Wenn aber die Zeitungen auffallend dicker und die Nachrichtensendungen auffallend länger sind als sonst, dann hat sich, wir wissen es intuitiv, Außerordentliches ereignet. Die in der Tat knappe Ressource menschliche Aufmerksamkeit regelmäßig so zu fokussieren, dass sie der Überfülle der Weltereignisse und -probleme (wie schwankend auch immer) standhalten kann, ist die Hauptaufgabe der Medien. Man kann es auch blumiger und zugleich medientechnischer sagen: Dem Rauschen signifikante Signale zu entlocken, daraus die relevanten Informationen herauszufischen und sie recht zu verstehen – das macht die Leistung von Qualitätsmedien aus. Sie stehen und fallen mit dem Vertrauen, dass weniger mehr sein kann, dass es möglich ist, Überkomplexität sinnvoll zu reduzieren und dass das Neue nur erkennen und einschätzen kann, wer das Klassisch-Kanonische kennt.

Qualitätsmedien haben es um so schwerer, je leichter es Massen fällt, Zugang zu massenhaften Daten zu finden und diese auch selbst zu produzieren. Wenn in Zeiten des Internets jeder Journalist sein kann (und Journalist ist ebenso wenig wie Literaturkritiker, Schriftsteller oder Psychotherapeut eine rechtlich geschützte Berufsbezeichnung), so ist das (wie so häufig) die Lösung eines Problems und zugleich der Grund für ein neues Problem. Unter einem Mangel an Daten, Informationen, Nachrichten, Eilmeldungen und Meinungen leiden wir wohl kaum oder allenfalls so, wie wir angesichts von Sinnüberangeboten an Sinnmangel leiden. Gelöst wird durch Internet-Journalismus auch von Laien u.a. das alte Problem der hohen finanziellen und hierarchischen Zugangshürden zur Öffentlichkeit und zur knappen Ressource Aufmerksamkeit; angezettelt bzw. verschärft wird aber eben dadurch u.a. das mit Entprofessionalisierung obligatorisch einhergehende Problem des Qualitäts- und Kontrollverlusts. Medienpluralismus ist wunderbar, wer außer nordkoreanischen großen und geliebten Führern würde sich heute noch ernsthaft eine monozentrische Medienstruktur wünschen? Zugleich ist unverkennbar, dass die simpelste Form von Medienkritik durchaus ein heikles Problem trifft: Es wird unglaublich viel in jedem Wortsinne überflüssiger *noise*, Rauschen und eben auch Dreck durch die zahllosen Kanäle geschwemmt, die ihrem Begriff somit alle Ehre bzw. Unehre machen.

Angesichts dieser Konstellation lohnt ein Blick zurück auf strukturell vergleichbare Probleme mit einem anderen, aber gewiss nicht weniger mächtigen Massen-

medium als dem der Print- und der elektronischen Medien: dem Geld. In dem Maße, in dem es mit Beginn der Neuzeit seinen Siegeszug antrat, wurde deutlich, dass es systematisch mit Problemen der Sicherung seiner Qualität konfrontiert war und bis heute ist. Thomas Gresham (1519–1579), der Begründer der Londoner Börse und Finanz-Ratgeber von Queen Elisabeth I., hat diesem Problem schon vor fast einem halben Jahrtausend zu lakonischem Ausdruck verholfen (er hätte sich dabei auf einen viel älteren Text berufen können, auf die im Jahre 405 v. Chr. entstandene Komödie *Frösche* des Aristophanes,² auch Kopernikus u. a. haben das Phänomen zuvor schon bedacht), als er das später nach ihm benannte Gesetz formulierte: Schlechtes Geld verdrängt gutes Geld. Wer Münzen mit geringem und hohem Silbergehalt, aber demselben Nennwert im Geldbeutel hat, wird selbstredend mit schlechten Münzen bezahlen wollen und die guten horten; wer aus dem Ausland zurückkommt und noch schwache inflationäre Währung mit sich führt, wird diese rasch in stabile Währungen umtauschen wollen; wer Geld gefälscht hat, muss und wird versuchen, es in Umlauf zu bringen. Kurzum: Bad money drives out good money.

Weil das erstens so ist und weil zweitens einsichtig ist, dass schlechtes Geld für (fast) alle ein schlechtes Geschäft ist, gibt es starke Instanzen, deren Aufgabe es ist, die Geltungskraft von Greshams Gesetz im Zaum zu halten. So ist die Herstellung von Falschgeld mit hohen Strafen bewehrt, so sorgen Zentralbanken, die vor direkten politischen Interventionen institutionell geschützt werden, für stabile Währungen, und so akzeptieren auch die allermeisten Nutzer des quasi unvermeidlichen Leitmediums Geld starke, nicht abwählbare, sehr arkan verführende Autoritäten wie Zentralbankräte, deren einzige Aufgabe es ist, die Qualität des Mediums Geld zu sichern. Über Leitzinssätze, Geldmengen und Geldstabilität entscheidet unter konklavegleichem Ausschluss der Öffentlichkeit eine monetäre Priesterklasse, die nur sich selbst rechenschaftspflichtig ist. Sie veröffentlicht keine Protokolle, empfängt keine Journalisten und gibt keine Pressekonferenz. Und die meisten Zeitgenossen finden, dass das so auch gut ist.

Mit Medien verhält es sich nun nicht anders als mit Geld: Die allzu vielen schlechten Medien be- und verdrängen systematisch gute Medien. Greshams Gesetz gilt nicht nur im Hinblick auf Geld, sondern auch im Hinblick auf Medien. Heute macht sich selbstredend jeder verdächtig, der an Restbeständen normativer

² Dort gemahnt der Chorführer in der dritten Szene: »Oftmals hat es mir geschienen: / unserm Staat ergeht es ganz / Ebenso mit seinen besten Bürgern, jedes Lobes wert, / Wie es mit der alten Münze und dem neuen Golde geht; / Denn auch jene, die doch wahrlich weder falsch ist noch zu leicht, / Ja, die unter allen Münzen, die ich weiß, die beste ist / Und allein ein gut Gepräge trägt und Klang und Geltung hat / Unter den Hellenen allen und im Ausland überall: / Jene braucht ihr nicht mehr, sondern dieses schlechte Kupfergeld, / Gestern oder ehigestern ausgeprägt, von schlechtem Klang!«

Qualitätskriterien festhält, aber so riskant ist die Feststellung denn auch wieder nicht, dass die öffentlich-rechtlichen Sender in aller Regel bessere Qualität bieten als die privaten und dass Tageszeitungen wie die FAZ, die SZ, die FR, die Welt oder die NZZ in einem präzisen Sinne über relevante Probleme besser informieren als Boulevardblätter. Sonderlich originell ist diese These nicht, und natürlich kann und soll man lange darüber diskutieren, ob vom Schicksal oder von ungerechten Gesellschaftsordnungen benachteiligte Milieus nicht die Möglichkeit erhalten sollten, sich auch mithilfe von Falschgeld oder durch mediale Abkoppelung von Orientierungen an der Hochkultur zu emanzipieren. Aber falsch wird dadurch die Feststellung nicht, dass Klatsch- und Tratsch-Journalismus sachlich orientierte Recherchen, dass Schreiselendungen gepflegte Frühschoppenkonversation, dass Softpornos Verfilmungen von Thomas-Mann-Romanen, dass Trash-Movies Hitchcock-Filme und dass Big-Brother-Container die Bretter, die die Welt bedeuten, be- und verdrängen.

Wer unter dieser Entwicklung leidet, wer Silvio Berlusconi nicht für die Lösung aller Politik-, Kultur- und Medienkrisen hält und wer deshalb den Impuls verspürt, etwas für die Qualitätssicherung von Medien(-inhalten) zu tun, steht vor einem schwer lösbaren Problem. Denn Greshams Gesetz lässt sich mit analytischem Gewinn auf Medienprobleme anwenden; die geldanaloge Problemlösung, nämlich eine autoritative bis autoritäre Medienzentralbank zur Qualitätskontrolle einzurichten, die mediales Falschgeld aus dem Verkehr zieht und schlechte Medienprodukte systematisch bekämpft oder gar verbietet, verbietet sich ihrerseits erst einmal von selbst. Liefere sie doch bestenfalls auf Softvarianten von Zensur heraus. Eine Mediengesetzgebung, wie sie die rechtsautoritäre Regierung in Ungarn unter Viktor Orbán (offenbar unter Billigung einer Mehrheit der ungarischen Bevölkerung!) durchgesetzt hat, ist ein Alptraum für alle, denen wirklich daran liegt, pluralen Qualitätsmedien eine verlässliche Existenzgrundlage zu sichern.

Beim zweiten Blick auf die Mediengeschichte und die Lage der Medien heute ist allerdings unverkennbar, dass es in den letzten Jahrhunderten wenn nicht die eine Medienzentralbank, so doch so etwas wie oligopole Medienbanken gegeben hat. Sie sorgten und sorgen trotz ihrer nicht sonderlich hohen Popularität noch immer mit Instrumenten wie Copyright, Buchpreisbindung, Presserat, Theater-subsidien und GEZ-Gebühren für mediale Qualitätssicherungen – und sind entsprechend umstritten. Kaum als zentrales, autoritatives und juristisch starkes Qualitätssicherungsinstrument wahrgenommen wird eigentümlicher Weise das stärkste funktionale Äquivalent zur Zentralbank in der Mediensphäre: die allgemeine Schulpflicht, die ab der Wende vom 17. zum 18. Jahrhundert alle Mitteleuropäer für die Medienformate der Gutenberggalaxis und via Kanonvermittlung für die sogenannte Hochkultur konditioniert. Kaum jemand liebt die Schule und die Schulpflicht; umso bemerkenswerter, dass so gut wie alle diesen starken Zwang

akzeptieren, der jungen Leuten mindestens neun Jahre vorschreibt, was sie von Montags bis Freitags (noch in der Kindheit des Autors: auch am Samstag!) zu tun und zu lernen haben.

Nun ist unverkennbar, dass die alten medialen Qualitätssicherungsinstrumente ebenso unpopulär wie krisengeschüttelt sind. Der Grund dafür ist – aufschlussreicher Weise erneut mit einem bedeutenden Geldtheoretiker – schnell genannt: neue Produktionsmittel provozieren neue Produktionsverhältnisse; kein zweiter Satz von Karl Marx ist so gültig wie dieser. Dass Computer, Smartphones, Internet, E-Books und das iPad eine Medienrevolution darstellen, die in ihren Dimensionen und produktiven Verwerfungen der durch Gutenbergs Erfindung ausgelöst in nichts nachsteht, hat sich mittlerweile herumgesprochen. Sicherlich wird es in zehn und auch in fünfzig und hundert Jahren noch Printmedien geben – aber eben so, wie es trotz Autos, Zügen und Flugzeugen auch heute noch Pferde und Kutschen gibt. Mit den neuen Medienproduktions- und Distributionsmitteln aber ändern sich unweigerlich die Medienproduktionsverhältnisse. Vom Zeitungsboten bis zum Copyright, von der Buchpreisbindung bis zum GEZ-System steht alles, was einmal halbwegs selbstverständlich schien, zur Disposition. Ich habe nicht das Gefühl, allzu verwegen zu sein, wenn ich prognostiziere, dass es all dies in ein bis zwei Jahrzehnten nicht mehr oder allenfalls in bis zur Unkenntlichkeit modifizierter Form geben wird.

Wer an medialer Qualitätssicherung interessiert ist, sollte sich angesichts dieser Konstellation keinen Illusionen hingeben. Dem Qualitätsjournalismus und den Qualitätsmedien überhaupt weht nicht der Wind ins Gesicht, sie sind von wiederkehrenden und anhaltenden Tsunamis bedroht. Um zu pointieren: Wir alle wissen, wie es um die Entwicklung der Auflagenhöhe und der Werbe-Einnahmen von Traditionsblättern wie der New York Times und Le Monde steht, wir wissen auch, dass Arte und 3sat vorzügliche TV-Programme sind – und wir alle wissen, dass sie unter Quotengesichtspunkten und bei der Verpflichtung, sich selbst durch hohe und zahlungsbereite Nachfrage zu finanzieren, schlechthin chancenlos wären. Und eben deshalb ist der Vorschlag, um der Qualitätssicherung willen eine mediale Entsprechung zur Zentralbank einzurichten, so absonderlich nun auch wieder nicht. Konkret würde das heißen: So wie gute Theater nur aufgrund von Subventionen leben können, so sind Qualitätsmedien nicht zu marktfähigen Preisen zu haben. Sie bedürfen der öffentlichen Alimentierung (aus Steuern bzw. aus allgemeinverbindlichen einkommensabhängigen Gebühren wie einer Kultur-, Medien- und Info-Flatrate).

Der wohlfeile Einwand, dass mit der Einrichtung einer Gebührenpauschale, die Qualitätsmedien sichert, die Unabhängigkeit der Medien bedroht wäre, ist wenig plausibel. Man muss nicht an die gereizten Kämpfe um die Springer-Presse in den Jahren um 1968 erinnern, um zur sachlichen Feststellung zu kommen: Regie-

rungsnah und staatsunkritisch waren und sind in Deutschland und nicht nur in Deutschland (man denke an Berlusconi oder Rupert Murdoch) bezeichnender Weise nicht die staatsnah und steuerraffin finanzierten (öffentlich-rechtlichen), sondern viele private und marktgängige Medien. Die BBC ist der historische, ja mittlerweile mythologische Inbegriff des schönen Paradoxes, dass eine mit staatlichen bzw. quasi-staatlich eingesammelten Gebühren betriebene Medienanstalt Staat und Regierung kritisch gegenübersteht – und eben dadurch stärkt. Über Sinn und Unsinn der weitreichenden Subventionierung deutscher Theater kann man trefflich und lange streiten; über Regietheater sowieso. Dass die deutschen Bühnen gegenüber der löblichen Obrigkeit allzu brav und unkritisch seien, weil sie von der öffentlichen Hand finanziert werden, hat aus nachvollziehbaren Gründen bislang niemand ernsthaft behauptet.

Ein Medienrat müsste von Politik und Wirtschaft so unabhängig sein wie eine Zentralbank. Er hätte dafür zu sorgen, dass alle freien Zugang zu Qualitätsmedien haben. Und er müsste nolens volens anders als die monetäre Zentralbank ein ebenso selbstbewusstes wie gelassenes Verhältnis zur Konkurrenz, also zu medialem Falschgeld und zu ungedeckten Medienschecks entwickeln. Falschgeld lässt sich juristisch verbieten; es verbietet sich jedoch für jeden auch nur ansatzweise liberalen Staat oder Staatenverbund, schlechte Medien zu verbieten. Hier endet die ansonsten starke Analogie zwischen der Geld- und der Mediensphäre. Enorme Qualitätsdifferenzen bei Medienprodukten wird keine öffentlich-rechtlich alimentierende Medienbank verhindern können. Ihr Ziel ist es ausschließlich, Qualitätsmedien die Marktgängigkeit zu sichern. Die Qualität der deutschsprachigen Print- und AV-Medien ist im internationalen Vergleich bemerkenswert hoch. Wer nach Ferien oder berufsbedingten Auslandsaufenthalten aus fernen oder auch näher gelegenen Ländern nach Deutschland zurückgekehrt ist, wird eine eigentümliche Erfahrung machen – nämlich die, dass die Presse und die öffentlich-rechtlichen Sender in Deutschland keinen Vergleich mit der Qualität etwa britischer, amerikanischer, italienischer oder französischer Medien (um von denen in Ägypten oder China zu schweigen) scheuen müssen. Alles kommt darauf an, dafür zu sorgen, dass das so bleibt.

Über die Schwierigkeiten und Streitereien, die die konkrete Umsetzung des angedeuteten Vorschlages mit sich brächte, wird sich niemand (und am wenigsten der Autor dieses Textes) Illusionen hingeben. Um aber doch ansatzweise Kleingeld auf die großen Scheine des Vorschlags herauszugeben, einen Qualitätsmedien sichernden Medienzentralbankrat einzurichten, und um eine Diskussion anzustoßen, die weitere operable Vorschläge provoziert, seien folgende Eckpunkte genannt:

- An die Stelle der bisherigen GEZ-Gebühren tritt eine Kultur- und Medienpauschale, die vom Einkommen und Vermögen der Mediennutzer abhängig ist.

Ihre durchschnittliche Höhe liegt deutlich unter der Summe, die sich ergibt, wenn man die Gebühren für die im Folgenden genannten Leistungen addiert (um dennoch einen Richtwert zu nennen: durchschnittlich 70 Euro monatlich).

- Diese Pauschale gibt jedem Bürger ab 16 Jahren das Recht auf unbegrenzten Zugang zum Internet, zu werbefreien Radio- und Fernsehsendungen sowie auf den Bezug einer Regional- und einer überregionalen Tageszeitung sowie eines wöchentlich erscheinenden Magazins (in Print-Fassung, eventuell mehr Produkte in elektronischer Fassung).
- Darüber hinaus umfasst die Kultur- und Medienpauschale das Recht auf zwölf Theater- bzw. Opernbesuche pro Jahr sowie auf zwölf Programmkinobesuche pro Jahr.
- Über den (großen, aber eben nicht alle Produkte umfassenden) Pool der via Pauschale zugänglichen Qualitätsmedien entscheidet ein von politischen Interventionen unabhängiger, neun Personen umfassender Medienrat. Er wird für eine je fünfjährige nicht verlängerbare Amtszeit von der Bundesversammlung bestimmt, die auch den Bundespräsidenten wählt. Der Bundespräsident leitet die einmal jährlich stattfindende Sitzung des Medienrats.
- Der Medienrat hat selbstredend keinerlei Weisungsbefugnisse gegenüber den Medienproduzenten. Er entscheidet ausschließlich darüber, welche Medien in den Pool der Qualitätsmedien gehören, für deren Nutzung die Medienbank eine Pauschale bezahlt.
- Selbstverständlich ist kein Einzelmedium (Zeitung, Zeitschrift, Theater etc.) verpflichtet, sich für dieses Modell zu öffnen. Es ist auch jedem Medienbenutzer unbenommen, die ihm frei zugänglichen Qualitätsmedien zu ignorieren, Boulevardblätter zu lesen und Big Brother-Sendungen zu goutieren.

Der hier angedeutete Vorschlag hat, das sei nicht verschwiegen, eine strukturkonservative und normative Implikation. Er hält Hochkultur für kein Schimpfwort, und er macht sich zugleich wenig Illusionen darüber, dass Hochkultur (wie Schulpflicht und wie das Verbot, selbst Geld drucken zu dürfen) nicht bei allen per se populär ist. Dennoch geht es bei dem hier skizzierten Vorschlag nicht darum, alle Mediennutzer auf Dante, Shakespeare, Goethe und Proust einzuschwören, sondern darum, ernsthaft mit dem Problem umzugehen, dass in einer Medien- und Informationsgesellschaft qualitativ gesicherte, hochwertige, allen zugängliche Informationen und Medien kein Luxusangebot, sondern eine Überlebensnotwendigkeit darstellen. Eine Verwirklichung des hier vorgetragenen Vorschlags, durch strukturelle Maßnahmen der Qualitätssicherung und des einladenden Zugangs zu medialen Qualitätsprodukten, könnte verhindern helfen, dass der Kalauer wahr wird, der da lautet: Das Niveau ist ungeheuer hoch, es ist nur keiner drauf.